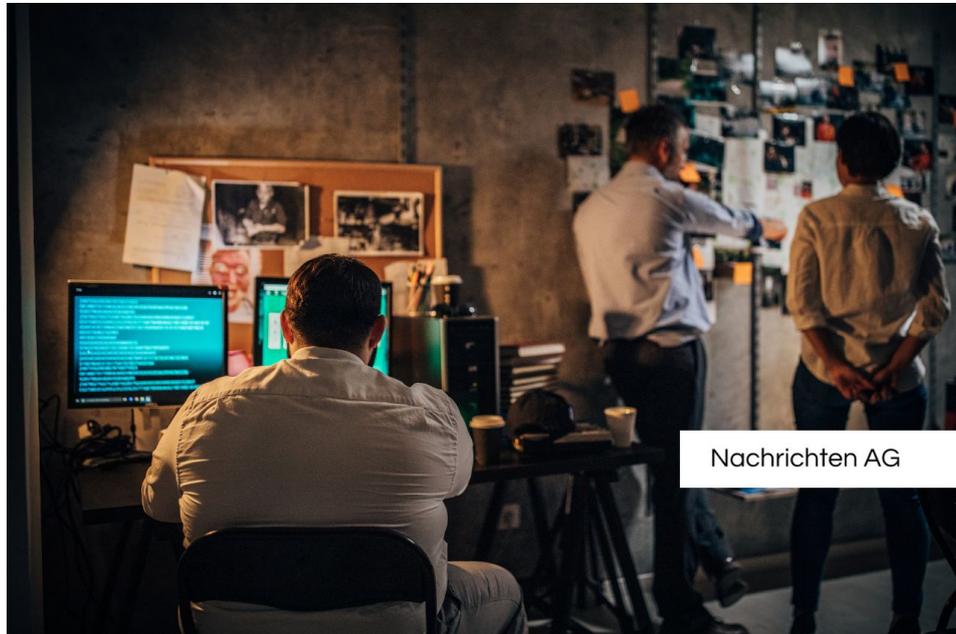


Lunapharm-Prozess: Urteil über illegalen Krebsmedikamentenhandel steht an!



Am 29. Januar 2025 wird am Landgericht Potsdam das mit Spannung erwartete Urteil im Lunapharm-Prozess verkündet. Das Unternehmen aus Teltow-Fläming steht im Verdacht, illegal Krebsmedikamente in Deutschland vertreiben zu haben. Der Prozess begann im Oktober 2023 gegen die Geschäftsführerin von Lunapharm sowie einen Rechtsanwalt aus Hessen. Ein dritter Angeklagter, dessen Rolle als mutmaßlicher "Hintermann" gilt, wurde aufgrund gesundheitlicher Probleme für verhandlungsunfähig erklärt. Die Anklage umfasst mehr als 100 Seiten und wirft den Angeklagten vor, zwischen Mai und Juni 2017 Medikamente über eine nicht autorisierte griechische Apotheke bezogen zu haben.

Diese Medikamente sollen dann nach Deutschland umverpackt und an deutsche Apotheken verkauft worden sein. Die Verteidigung der Angeklagten betont, dass die Arzneimittel nicht wirkungslos oder gefährlich gewesen sein, wie sie von [rbb24](ht

[tps://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/01/landgericht-potsdam-lunapharm-krebsmedikamente-urteil.html](https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2025/01/landgericht-potsdam-lunapharm-krebsmedikamente-urteil.html)) berichtet wird. Rückstellproben hätten laut dem Landesgesundheitsministerium keinerlei Beanstandungen ergeben. Dennoch ergab sich aus den Ermittlungsergebnissen, dass der Umsatz durch den illegalen Handel auf etwa 1,1 Millionen Euro geschätzt wird.

Hintergrund des Skandals

Der illegale Vertrieb von Arzneimitteln wurde im Mai 2017 von den Behörden verboten, nichtsdestotrotz gab es bis Juli 2018 weitere Lieferungen über einen zyprischen Großhändler. Diese Vorgänge führten zu einer politischen Krise, in deren Folge die damalige Gesundheitsministerin Diana Golze im August 2018 zurücktrat, nachdem sie in Zusammenhang mit dem Skandal zwei Mitarbeiter wegen Korruptionsverdachts angezeigt hatte. Obwohl keine Ermittlungen eingeleitet wurden, hatte der Fall eine weitreichende Diskussion über die Sicherheit in der Arzneimittelversorgung zur Folge.

Im Jahr 2019 wurde Lunapharm per behördlichem Beschluss die Herstellung und der Handel von Medikamenten untersagt. Die ergriffenen Maßnahmen waren Teil der Verschärfung der Arzneimittelgesetze in Deutschland, die mit dem neuen Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung einhergingen. Diese Reform [\[LTO\]](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/medikamentenskandal-lunapharm-illegaler-handel-arzneimittel-landgericht-potsdam) zielt darauf ab, die Arzneimittelsicherheit zu erhöhen und derartige Skandale in Zukunft zu verhindern, wie [\[LTO\]\(https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/medikamentenskandal-lunapharm-illegaler-handel-arzneimittel-landgericht-potsdam\)](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/medikamentenskandal-lunapharm-illegaler-handel-arzneimittel-landgericht-potsdam) darstellt.

Der Verlauf des Verfahrens

Die Plädoyers, die 15 Monate nach Prozessbeginn gehalten wurden, verlangen von der Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von 3 Jahren und 10 Monaten für die Geschäftsführerin sowie eine Geldstrafe für den zweiten Angeklagten. Die Verteidigung

fordert dagegen den Freispruch für beide Angeklagte. Die Prognose für das Verfahren gegen den dritten Angeklagten – der weiterhin illegal Medikamente vertreiben soll – bleibt unklar. Ob und wann ein Verfahren gegen ihn vorgesehen ist, ist noch unbekannt.

Mit der bevorstehenden Urteilsverkündung wird die Öffentlichkeit wie auch die Gesundheitsbranche genau verfolgen, welche Konsequenzen aus diesem Skandal resultieren werden. Der Fall wird als ein Beispiel für das dringende Bedürfnis nach strengen Kontrollen im Arzneimittelhandel sowie für rechtsstaatliche Maßnahmen gegen solche Vergehen angesehen.

Statistische Auswertung

Ort: Rostock, Deutschland

Vorfall: Notfall

Beste Referenz: ostsee-zeitung.de

Weitere Infos: tk.de

[Zum Originalartikel auf News-ag.com](http://News-ag.com)